

Bundeswehr darf sich der politischen Kontrolle nicht entziehen

■ KREIS ESSLINGEN: MdB Rainer Arnold bleibt verteidigungspolitischer Sprecher der SPD – Kundus-Affäre aufklären

Rainer Arnold hat sich wieder gefunden: „Dieses Vierteljahr nach der Wahl habe ich gebraucht, um mich mit diesem Wahlergebnis zu arrangieren.“ Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete führt es darauf zurück, „dass die Wähler die SPD strenger bewerten als andere Parteien“. Arnold ist „in der Opposition angekommen“ und sieht sich als verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion als direkten Gegenspieler des Verteidigungsministers.

VON HANS-JOACHIM HIRRLINGER

Einerseits sei das Thema Verteidigungspolitik, die die SPD noch vor wenigen Monaten als Regierungspartei mitverantwortet hat, kein populäres Thema, sagt Arnold: „Da klopft man mir nicht nur freundlich auf die Schulter.“ Andererseits lastet die Kundus-Affäre schwer auf Minister Karl-Theodor zu Gutten-

berg. Ende Januar wird sich der Verteidigungsausschuss des Bundestags als Untersuchungsausschuss mit dem brisanten Thema befassen. „Der Verteidigungsausschuss wurde schlecht und nur scheinbar informiert“, sagt Arnold über den Vertuschungsversuch, der schon unter Guttenbergs Vorgänger Jung begonnen hatte. „Zum ersten Mal wurde ich nicht informiert.“ Noch sei das Motiv unklar, aber „wenn die Truppe den Vorgang vernebelt hat, hätten wir ein ernsthaftes Problem. Das wäre der Versuch, sich der politischen Kontrolle zu entziehen.“ Deshalb habe sich der Verteidigungsausschuss auch zum Untersuchungsausschuss erklärt. „Das ist ein Sonderfall.“ Diese Aufarbeitung habe jedoch nichts damit zu tun, die Bundeswehr als solche infrage zu stellen. Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr – „das ist kein herkömmlicher Krieg“ – müsse aber hinterfragt werden: „Wenn wir



MdB Rainer Arnold (SPD) zieht Bilanz seiner Arbeit in Berlin. Foto: Bulgrin

anfangen, den Tod von Zivilisten billigend in Kauf zu nehmen, machen wir nicht mehr mit.“ Auch Guttenbergs Rolle im „kommunikativen Desaster der Regierung“ sowie dessen Umgang mit Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert müssten geklärt werden. Arnold bezeichnet den Rücktritt der beiden als Bauernopfer. Er geht davon aus, dass dem Verteidigungsminister der sogenannte Com-ISAF-Bericht mit allen wesentlichen Informationen zum Bombardement in der Nähe von Kundus frühzeitig vorgelegen hat, vermutet aber, dass Guttenberg diesen nicht gelesen habe. Im Rahmen seines Neujahrs-Pressegesprächs wandte sich Arnold auch gegen die von der Bundesregierung geplante Zerschlagung der Jobcenter in zwei getrennte Behörden. Das wäre mit erheblich mehr Bürokratie und höheren Kosten verbunden. Arnold zitiert Experten, die die

Mehrkosten auf 450 Millionen Euro für den Bund und 350 Millionen für die kommunalen Träger schätzen. Alle Leistungen unter einem Dach zu vereinen, habe sich nach Anlaufschwierigkeiten bewährt. Auch die Finanzpolitik der Bundesregierung sieht er kritisch: Steuerleichterungen für Hotels und bei der Erbschaftssteuer seien eine völlig unsinnige Klientelpolitik. Andererseits müssten die Kommunen ihren Bürgern für Kinderbetreuung und Bildung tiefer in die Tasche greifen. Für Stuttgart 21 seien alle Weichen gestellt. „Wir müssen unseren Frieden mit diesem Projekt machen“, mahnte Arnold die Bevölkerung. Jetzt sei es wichtig, darauf zu dringen, dass auf die Filder keine Sparversion komme: Das gelte für den Filderbahnhof und für die S-Bahnstrecke, über die Fernzüge geleitet werden sollen. „Das ist nur akzeptabel, wenn die Menschen nicht mit mehr Lärm belastet werden.“